







## Call for Papers

## "Gleiche Rechte - gleiche Freiheit" Das Diskriminierungsverbot auf dem Prüfstand

Freitag, 16. Dezember 2022 Schader-Forum | Goethestraße 2 | 64285 Darmstadt

Das Diskriminierungsverbot ist ein zentraler Bestandteil des internationalen Menschenrechtsregimes und der demokratischen Grundordnung der BRD: "(1) Alle Menschen sind vor dem Gesetz gleich. [...] (3) Niemand darf wegen seines Geschlechtes, seiner Abstammung, seiner Rasse, seiner Sprache, seiner Heimat und Herkunft, seines Glaubens, seiner religiösen oder politischen Anschauungen benachteiligt oder bevorzugt werden. Niemand darf wegen seiner Behinderung benachteiligt werden." (Art. 3 GG, siehe auch Art. 2 und 7 der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte).

Ungleiche Rechte und Freiheiten sowie Diskriminierungen aufgrund der benannten Merkmale bleiben national und international gegenwärtig. Racial Profiling, Gender Pay Gap und -Care Gap, Bewegungen wie 'Me too' oder Initiativen wie 'Out in Church' sind nur wenige Beispiele. Das Forum Menschenrechte, der Arbeitskreis Menschenrechte der Deutschen Vereinigung für Politikwissenschaft (DVPW), die Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V. (DGVN) und die Schader-Stiftung möchten im Rahmen einer gemeinsamen Tagung folgende Themen und Fragen diskutieren, ohne dass die Tagung auf diese beschränkt ist:

Diskriminierung tritt in verschiedenen Formen auf, bei alltäglichen Begegnungen, strukturell oder auch institutionell, beispielsweise im Bildungssystem. Menschen können aufgrund ihrer individuellen Merkmale in mehrfacher Weise von Diskriminierung betroffen sein – etwa aufgrund ihrer Hautfarbe und ihres Geschlechts – was der Begriff der 'Intersektionalität' erfasst. Wie lassen sich verschiedene Diskriminierungsformen systematisieren und inwiefern helfen entsprechende Ansätze und Konzepte, diskriminierende Strukturen und Handlungen zu identifizieren und zu

bewerten sowie deren Ursachen zu bestimmen? Welche Maßnahmen können auf nationaler und internationaler Ebene gegen Diskriminierungen getroffen werden?

- Das zitierte Gleichheits- und Gleichberechtigungsgebot bezieht sich zuvorderst auf das Verhältnis zwischen Staat und Individuum. Diskriminierung kann in allen Lebensbereichen auftreten, innerhalb staatlicher Institutionen, wie der Polizei, bei der Wohnungs- oder Jobsuche bis hin zum Familienleben. Wer ist hier für die Achtung und Durchsetzung des Diskriminierungsverbotes zuständig? Inwiefern darf und muss der Staat auf gesellschaftliche und private Räume einwirken, um Gleichberechtigung zu realisieren?
- Gendergerechtes Sprechen und Schreiben wird längst auch außerhalb des akademischen Kontextes praktiziert und kritisch diskutiert, ebenso wie die Verwendung rassistischer Begriffe oder Motive in Literatur, Kunst etc. Welche Rolle spielen etwa Sprache und Kultur für Gleichberechtigung und Nichtdiskriminierung?

Die Fachtagung wird am 16. Dezember 2022 im Schader-Forum in Darmstadt stattfinden. Wir laden Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, politisch Aktive, NGOs und weitere Vertreterinnen und Vertreter der Praxis ein, diese und ähnliche Fragen allgemein oder anhand von konkreten Fallstudien aus dem nationalen sowie internationalen Kontext zu diskutieren. Ein Vorschlag (maximal 2.000 Zeichen) für ein Input-Referat mit anschließender Diskussion kann bis zum 1. September 2022 eingereicht werden unter www. schader-stiftung.de/GleicheRechte. Fahrtkosten können erstattet werden.

Weitere Informationen zur Fachtagung finden Sie unter: www.schader-stiftung.de/GleicheRechte